



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche haben wir die Frauenquote eingeführt, die dazu beitragen wird, dass Frauen nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der wirtschaftlichen Ebene angemessen vertreten sind. Mehr dazu auf dieser Seite.

In unserer AG-Sitzung hat uns das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ beschäftigt. Als zuständiger Berichterstatter musste ich feststellen, dass das Thema Linksextremismus stark unterbewertet wird. Von insgesamt 261 bis-

lang bewilligten Programmen sind 166 dem Rechtsextremismus, aber nur neun der linken Militanz gewidmet. Dieses Verhältnis steht in krassem Gegensatz zu den Erkenntnissen der gerade erst veröffentlichten Studie der FU Berlin zum Linksextremismus. Darin wird das linksextremistische Potenzial auf 17 Prozent beziffert. Im Osten sind es sogar 28 Prozent. Zwei Drittel dieser Linksextremisten schließen Gewalt gegen Personen und Sachen nicht aus. Dass ein solides Maß an linker Bedrohung besteht, belegt zudem der Verfassungsschutzbericht. Danach ist 2013 die Zahl der linksextremistisch mo-

tivierten Straftaten von 3.200 auf fast 4.500 angestiegen. Besonders auffällig war dabei der Anstieg an Körperverletzungen und Gewalt gegenüber der Polizei. In diesem Bereich müssen wir dringend nachjustieren, zumal festzustellen ist, dass viele linke Politiker linksextremem Gewalt äußerst nachsichtig gegenüber stehen.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen
Ihr

Martin Patzelt

Bundestag beschließt Frauenquote

Es war ein langer und steiniger Weg. Zwei Tage vor dem Internationalen Frauentag hat sich die Große Koalition nun auf die Einführung einer Frauenquote in großen Unternehmen geeinigt. In dem Gesetz von CDU/CSU und SPD wurde beschlossen, dass große Unternehmen künftig einen Frauenanteil von 30 Prozent in ihren Aufsichtsräten aufweisen müssen. Ab 2016 müssen ca. 100 börsenorientierte Unternehmen in den Aufsichts-

räten eine Frauenquote von 30 Prozent belegen. Wird für die freie Stelle keine Frau gefunden, bleibt die Stelle unbesetzt. Etwa 3500 mittelgroße Unternehmen müssen sich eigenständig Zielquoten setzen. Das gilt für die Vorstände und die beiden Führungsebenen darunter. Über die Fortschritte muss regelmäßig berichtet werden. Auch öffentliche Unternehmen müssen mehr Frauen in die Chefetage bringen.

Der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten der 200 größten Unternehmen in Deutschland betrug Ende 2014 laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 18,4 Prozent. In den Vorständen dieser Unternehmen sind nur 5,4 Prozent Frauen. Aber die echte Gleichberechtigung ist wohl dann erst erreicht, wenn wir das Gesetz wieder abschaffen können.

West Papua ist kein Paradies

West Papua Volk leidet weiter an Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen. Es ist nur vordergründig ein Paradies.

In dem Gespräch des Menschenrechtsausschusses mit dem Koordinator des West Papua Netzwerks Norman H. Voß, der sich für die unter Menschenrechtsverletzungen leidenden Papuas einsetzt, konnte ich als der zuständige Berichtersteller wesentliche Einblicke in die Menschenrechtssituation dieser Menschen in Indonesien bekommen. Obwohl die internationalen Verträge zu den Menschenrechten wie zivile und politische Rechte (ICCPR) und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) vom indonesischen Präsidenten 2005 unterschrieben wurden, mangelt es weiter an der Umsetzung. Im Gegenteil, obwohl beim periodischen Überprüfungsverfahren des UN-Menschenrechtsrates in Genf



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Im Gespräch mit dem Koordinator des West Papua Netzwerks, Norman H. Voß (Mitte), und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses, Michael Brand (rechts). Foto: Achim Melde/Deutscher Bundestag

2012 die kritische Menschenrechtssituation in Indonesien in Bezug auf Gewalt, Einschränkung der Redefreiheit und der Lage der politischen Gefangenen in Papua angemerkt wurde, erkannte die

indonesische Regierung das Ausmaß der Kritik nicht an. Ich werde hierzu mit Herrn Voß im Gespräch bleiben und ihn bei seinem kontinuierlichen Einsatz um die Menschenrechte intensiv unterstützen.

Mehr Geld für Heimkinder

Nachdem das Bundeskabinett letzte Woche den Fonds für die ehemaligen DDR-Heimkinder auf bis zu 362 Millionen Euro aufgestockt hat, können nun auch die Betroffenen der Kinderheime in Westdeutschland auf zusätzliche Mittel hoffen. Der Fonds, in den Bund, die westdeutschen Bundesländer sowie die katholische und die evangelische Kirche einzahlen, soll von 120 Millionen auf über 300 Millionen angehoben werden. Aufgrund der unerwartet hohen Antragszahlen beläuft sich der Mehrbedarf auf ca. 183 Millionen Euro.

Allen Betroffenen, die sich bis zum Stichtag 31.12.2014 gemeldet haben, soll geholfen werden. Bis Ende vergangenen Monats sind schon Anträge im Gesamtwert von rund 102 Millionen Euro bewilligt worden.

Bereits am 30. September vergangenen Jahres ist die Frist für den DDR-Heimkinderfonds abgelaufen. Hier wurde nun aufgrund bestimmter Härtefälle eine Nachfrist bis zum 30. September dieses Jahres geschaffen. Allerdings müssen gewichtige Gründe für die

verspätete Antragsstellung geltend gemacht werden. Bislang sind 646 Anträge nach Anlauf der ursprünglichen Frist eingegangen, von denen allerdings nur rund 20 Prozent angenommen wurden. Zwangsarbeit, Demütigung und Schläge gehörten für viele Heimkinder in den 50er und 60er Jahren zum traurigen Alltag. Viele leiden noch heute an den Spätfolgen der damaligen Misshandlungen. Ihnen steht eine Entschädigung von rund 10.000 Euro zu.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Mein Praktikum im Deutschen Bundestag: eine wunderbare Erinnerung

Mein Name ist Tonny Moses Odera. Ich komme aus Nairobi, der Hauptstadt von Kenia. Ich studiere Internationale Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Derzeit schreibe ich an meiner Masterarbeit. Dankenswerterweise hat der CDU Bundestagsabgeordnete Martin Patzelt mir die Möglichkeit gegeben, ein zweiwöchiges Praktikum in seinem Berliner Büro zu absolvieren.

Die Zeit für mich im Deutschen Bundestag war sehr interessant, vor allem alle Sitzungen des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie des Familienausschusses, die ich mit Herrn Patzelt und seinen Mitarbeitern besuchen durfte.

Ich war beeindruckt, zu erfahren, dass die Mitglieder der Ausschüsse sich regelmäßig treffen



und dass es ausgezeichnete Beratungen zu aktuellen und internationalen Fragen gibt, die im Übrigen auch auf EU-Ebene beraten werden.

Die öffentliche Anhörung im Menschenrechtsausschuss zur humanitären Hilfe am Mittwoch dieser Woche zeigte mir, dass Fachkompetenzen Gehör finden und sich die Abgeordneten auch auf diese Weise Rat für Ihre

Entscheidungen holen und dieses transparent in die Öffentlichkeit geben.

Ich habe aus dieser Erfahrung neue Eindrücke gewonnen und viele neue und interessante Menschen kennengelernt.

Ich bin Herrn Patzelt aufrichtig und herzlich dankbar, dass er mir die Möglichkeit dazu gab. Ich wünsche ihm viel Erfolg bei seiner guten Arbeit.

Ausbildungsplätze für junge Flüchtlinge

Derzeit leben etwa 17.000 Unbegleitete Minderjährige Ausländer (UMA) in Deutschland. 2013 schafften rund 6.600 meist männliche Jugendliche die beschwerliche Flucht aus ihrer Heimat. Eine Verbesserung ihrer Situation liegt sowohl im Interesse der Betroffenen als auch im Interesse Deutschlands. Die frühzeitige

Integration der minderjährigen Flüchtlinge hat nicht nur humanitäre Gründe, sondern verfolgt auch ökonomische Erwägungen. Angesichts des Fachkräftemangels häufen sich die Klagen aus Wirtschaft und Handwerk über fehlenden Nachwuchs. In vielen Modellprojekten hat sich gezeigt, dass die minderjährigen Flüchtlinge überaus lernwillig sind. Als

zuständiger Berichterstatter werde ich mich dafür einsetzen, dass minderjährige Flüchtlinge für die gesamte Dauer ihrer Ausbildung ein Bleiberecht erhalten. Damit verbessern sich ihre Aussichten auf einen Ausbildungsplatz, der jetzt noch häufig mit Verweis auf eine mögliche Ausweisung verweigert wird.